



Ministerium der Justiz
Benjamin Limbach
Martin-Luther-Platz 40
40212 Düsseldorf

Datum 17.09.2025

Anfrage zur Einhaltung und Umsetzung der Schlußakte von Helsinki und des Genfer Abkommens

Sehr geehrter Herr Minister Limbach,

Ich wende mich an Sie mit einer Anfrage bezüglich der Schlussakte von Helsinki und ihrer aktuellen Umsetzung sowie Einhaltung. Wie ich kürzlich im Kino gesehen und aus einem Gespräch mit dem deutschen Co-Produzenten erfahren habe, ist die Aktualität dieses Dokuments von großer Bedeutung und feiert dieses Jahr 50-jähriges Bestehen.

Die Schlussakte von Helsinki wurde am 1. August 1975 von 35 Staaten unterzeichnet und stellt eine politische Absichtserklärung dar, die die Zusammenarbeit und Anerkennung der bestehenden Grenzen zwischen Ost- und Westeuropa fördern sollte.

Hinsichtlich der Einhaltung und Umsetzung der Schlussakte von Helsinki ist festzustellen, dass die Teilnehmerstaaten gemeinsam verbindliche Grundprinzipien wie die Unverletzlichkeit der Grenzen, Menschenrechte, Selbstbestimmung der Völker und Zusammenarbeit festlegten und damit einen friedlichen Ost-West-Konsens im Kalten Krieg schufen. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hat inzwischen die Aufgabe übernommen, die Einhaltung der Schlussakte zu überwachen und zu fördern.

Die aktuelle politische Lage ist besorgniserregend, da viele Konflikte weltweit die Einhaltung dieser Regeln gefährden.

Das bringt mich zum Genfer Abkommen IV, welches ein wichtiger Teil des humanitären Völkerrechts ist und den Schutz von Zivilisten, Zivilpersonen und Kriegsgefangenen in bewaffneten Konflikten regelt.

Insbesondere im Hinblick auf die Menschenrechte und den Schutz von Menschen ist es von großer Bedeutung, dass diese Abkommen eingehalten und umgesetzt werden. Menschen in Not, einschließlich Flüchtlingen, Zivilisten und Zivilpersonen in Konfliktgebieten, steht besonderer Schutz und Unterstützung zu. Ich würde mich freuen, wenn Sie mir Ihre Einschätzung zur aktuellen Situation mitteilen und folgende Fragen beantworten könnten:

- Wie bewerten Sie die Einhaltung der Schlussakte von Helsinki und des Genfer Abkommens in der heutigen Zeit?

z.B. **Art. 144 Genfer Abkommen IV**

Dieser Artikel verpflichtet die Staaten ausdrücklich zur Bekanntmachung und Schulung: nicht nur im Militär, sondern „möglichst weit“ auch in der Zivilgesellschaft. Damit sollen die Menschen ihre Rechte und Behörden ihre Pflichten kennen.

- Wie sieht diesbezüglich die Umsetzung im Alltag aus?
- Welche Schritte werden konkret unternommen, um die Umsetzung dieser Abkommen zu gewährleisten und den Schutz von Menschen zu garantieren?.

Mit freundlichen Grüßen,





Ministerium der Justiz Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Seite 1 von 2

Frau

28.10.2025

Aktenzeichen

bei Antwort bitte angeben

Bearbeiterin

Telefon:

Schlussakte von Helsinki und Genfer Abkommen

Ihre Anfrage vom 25.09.2025

Anlage(n)

1 Datenschutz-Informationsblatt

Sehr geehrte Frau

für Ihre an Herrn Minister Dr. Limbach gerichtete Anfrage vom 25.09.2025, mit deren Beantwortung ich beauftragt bin, danke ich Ihnen.

Selbstverständlich ist es Herrn Minister ein Anliegen, dass das Genfer Abkommen bekannt ist und verstanden wird.

Soweit Ihre Anfrage daher justizielle Angelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen betrifft, kann ich darauf hinweisen, dass humanitäres Völkerrecht Gegenstand von Fortbildungsangeboten für Richterinnen und Richter ist. Völkerrecht kann dabei Gegenstand im universitären Schwerpunktbereich und der Schwerpunktbereichsprüfung sein. Im Übrigen haben Richterinnen und Richter und andere Justizbedienstete über juristische Datenbanken Zugang zu dem Text des Abkommens und Kommentierungen dazu.

Im Übrigen dürfte Ihre Anfrage Belange der Bundesrepublik Deutschland betreffen, so dass Sie sich gegebenenfalls an die Bundesbehörden wenden sollten.

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Martin-Luther-Platz 40
40212 Düsseldorf
Telefon: 0211 8792-0
Telefax: 0211 8792-456
poststelle@jm.nrw.de
www.justiz.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
ab Hbf mit Linien U 76, U 78
oder U 79 bis Haltestelle
Steinstraße / Königsallee



Abschließend darf ich noch darauf hinweisen, dass das Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen aufgrund Ihrer Eingabe Ihre personenbezogenen Daten erhebt und verarbeitet. Näheres dazu entnehmen Sie bitte dem beigefügten Datenschutz-Informationsblatt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

